

# Opfer und Überlebende sind keine Statist\*innen

Ibrahim Arslan

*Solidarität auf Augenhöhe mit den Betroffenen  
rechts-rassistischer Gewalt organisieren*

*1992 fand in Mölln ein Brandanschlag auf ein von einer türkisch-stämmigen Familie bewohntes Haus statt. Ermordet wurden dabei Bahide Arslan, ihre 10-jährige Enkelin Yeliz und deren 14-jährige Cousine Ayse. Weitere neun Familienmitglieder wurden schwer verletzt.*

Sieben Jahre später wurde als Platz der Erinnerung mit einem Kunstwerk des Bildhauers Ben Siebenrock der Bahide-Arslan-Platz in Gaarden eingeweiht. Damals ohne Einbeziehen der Betroffenen. Nun ist geplant den Platz neuzugestalten. Dazu traf sich Gaarden zehn Tage im August auf dem Bahide-Arslan-Platz, um mit Zeichnung, Diskussion und Text herauszufinden, wie man den Platz umgestalten sollte. Am 19. August 2020 hat dort Ibrahim Arslan, der Enkel von Bahide, der als Siebenjähriger den Anschlag überlebt hat, eine Rede gehalten, die hier dokumentiert ist:





**Liebe Betroffene  
neofaschistischer, rassistischer  
und rechter Gewalt,  
sehr geehrte Damen und  
Herren,  
liebe solidarische Menschen,**

vielen Herzlichen Dank für die Einladung zur Mitwirkung an der Umgestaltung des Bahide- Arslan-Platzes, es ist mir eine große Ehre hier heute in Namen meiner Familie das Wort zu erheben.

Einerseits habe ich mich über die Einladung zum Mitwirken an der Umgestaltung gefreut, hier meine Perspektive nach zwei Jahrzehnten solidarisch-professioneller Betroffenenarbeit aus der Perspektive der Betroffenen euch mitzuteilen. Andererseits hat mich die Einladung auch sehr nachdenklich gestimmt:

Wie können wir, frage ich Sie, liebe solidarische Menschen, Solidarität auf Augenhöhe als politischen Prozess mit Betroffenen rechter rassistischer Gewalt organisieren, nachdem sie uns schon in den 1970ern, in den 1980ern, dann in den 1990ern, 2000ern und auch heute wieder töten?

Und nachdem das verheerende Urteil des Oberlandesgerichts in München im

NSU-Prozess vergangen ist ohne alle Täter\*innen zu verurteilen. Und obwohl die Bundeskanzlerin nach der Selbstenttarnung des Nationalsozialistischen Untergrunds den Betroffenen eine lückenlose Aufklärung versprochen hatte und nie dies bis heute einhalten konnte.

Wir müssen heute noch sehr viel lauter über Unteilbarkeit und Solidarität sprechen, weil das Urteil in München den NSU-Komplex weder aufgedeckt noch alle Täter verurteilt hat. Stattdessen hat das Urteil die Opfer des NSU und damit alle Opfer rechten-rassistischen, menschenverachtenden Hasses verhöhnt und alleine gelassen, das Urteil, die Justiz, die Polizei, die Gerichte und die Politik haben den Betroffenen ihr letztes bisschen Vertrauen entzogen.

Wir wissen, dass es als Betroffener rechter Gewalt kein Vertrauen in staatliche Instanzen geben kann, weil unsere Rechte als Migrant\*innen auch hier keine Rolle spielen. Die Opfer wurden sogar ein weiteres Mal ermordet. Deshalb müssen heute dringender denn je, aus der Politik, den Medien, der Öffentlichkeit und vor allem aus der gesamten Gesellschaft, gegenüber allen Betroffenen rechter ras-

sistischer Gewalt, erneut unteilbare Solidarität ausgesprochen werden.

Erinnern wir uns gemeinsam an die Worte der Nebenklage, die Worte der Angehörigen im NSU Prozess, die davor gewarnt hatten, dass die milden Urteile, weiteren rechten Täterinnen und Tätern ein Signal senden werden, dass sie in diesem Land weiterhin Menschen bedrohen, schikanieren, verängstigen und sogar ermorden können, die ihnen aufgrund ihres nazistischen Weltbilds nicht in ihre Ideologie passen.

Nur ein Jahr nach dem Urteil müssen wir heute wieder, weitere Opfer des rechten Terrors beklagen. Der CDU-Politiker Walter Lübcke ist erst im Juni 2019 ermordet wurden, Lübcke musste sterben, weil er sich wie viele andere hierzulande für Menschenrechte und ein demokratisches Zusammenleben mit geflüchteten Menschen in Deutschland eingesetzt hatte. Im Oktober 2019 der rassistische Anschlag in Halle auf eine jüdische Synagoge und einen Döner-Imbiss, wo zwei Menschen starben, Der rassistische Anschlag in Hanau Februar 2020, wo neun Menschen ermordet wurden. Diese Menschen wurden von demselben Täter\*innen-Netzwerk des NSU hingegriffen, das während des langjäh-

rigen Gerichtsprozesses in München nicht offengelegt worden ist.

Selbst wir haben diese Gewaltbereitschaft dieser rassistischen Organisation gespürt. Die Morddrohungen vom sogenannten NSU 2.0 an die Komparatistin Idil Baytar (alias Jillett Ayşe) sowie die Opfer-Anwältin Seda Başay Yıldız wurden während der Möllner Rede im Exil ausgesprochen. Dies muss meiner Meinung nach, im gleichen Kontext wie der NSU vom Deutschen Staat verurteilt werden.

Gleichzeitig möchte ich aber betonen, dass es Rassismus und Hass gegenüber Migranten\*innen, POC-B-POC nicht erst seit dem NSU-Terror gibt, und leider auch nicht erst seit dem Tod von Walter Lübke, Rassismus gab es davor und wird es auch leider danach noch geben.

Für uns muss in erster Linie ganz klar sein, dass unsere Solidarität nach solchen Anschlägen immer erst den Betroffenen und den Angehörigen gilt. Leider gab es in der Vergangenheit wenig bis gar keine Solidarität gegenüber Betroffenen und Angehörigen, selbst sogenannte Opferberatungsstellen gab es damals noch nicht, es gab leider keine Stellen, wo Betroffene hingehen konnten um sich auszutauschen, geschweige denn beraten lassen konnten.

Heute gibt es sie und wir werden versuchen, Betroffene zu ermutigen, dorthin zu gehen, damit sie dort ihre Stimmen erheben können. Ich möchte mich an dieser Stelle Ihnen nochmals vorstellen, um meine Frage, wie wir heute über Rassismus und Solidarität sprechen, zu beantworten:

Mein Name ist Ibrahim Arslan, und ich bin Opfer und Überlebender der rassistischen Brandanschläge von Mölln 1992. Ich rede hier heute stellvertretend für meine Familie. Ich möchte jedoch betonen, dass ich nur meinen eigenen Standpunkt heute erläutere. Ich mache seit 2007 Betroffenen- beziehungsweise Opferarbeit in der gesamten Bundesrepublik.

In diesen dreizehn Jahren haben meine Familie und ich immer wieder betont, wie wichtig es ist, die Betroffenen an den Gedenkprozessen, an den Strafprozessen und der politischen Intervention der Antirassistischen und Antifaschistischen Gesellschaft zu beteiligen, denn Sie sind die Hauptzeug\*innen des Geschehenen und keine Statisten. Wir haben uns immer wieder mit Fragen beschäftigt, die für uns wichtig waren, beispielsweise etwa mit

der Frage: Werden Betroffene von Institutionen oder Politikern instrumentalisiert und mundtot gemacht? Können institutionelle Gedenkveranstaltungen ohne Betroffene eigentlich authentisch sein oder haben eigentlich an diesem Punkt nicht die Betroffenen die Herrschaft über das Gedenken?

Diese und weitere wichtige Fragen waren für mich und meine Familie wichtig, um einen respektvollen Umgang mit Betroffenen und deren Familien in der Gedenkkultur zu ermöglichen.

Was ist alles in diesen dreizehn Jahren passiert?

Wir haben mit unserem Widerstand und unserer Empowerment-Arbeit weitere Betroffene überzeugt, gegen die Gedenkkultur der Behörden und Institutionen, die sie oftmals als passive Menschen behandelt haben, aufzustehen und aktiv zu werden.

Wir haben betroffene Familien mobilisiert und organisiert, obwohl der rechte Terror währenddessen noch weiteren Menschen das Leben nahm und somit sehr viele Angehörige zu weiteren Betroffenen machte.

Die Betroffenen hat dies allerdings nicht abgeschreckt, im Gegenteil mittlerweile organisieren sie Veranstaltungen, schreiben Bücher, machen Filme, sie entwickeln Theaterstücke, sie sind in Schulen oder gehen auf Demonstrationen, Sie sind aktiv und leisten Widerstand gegen Rassismus und Faschismus, somit entwickeln Sie eine neue bessere Gedenkkultur nach ihren eigenen Kriterien.

Mittlerweile ist Deutschland sogar ein Exempel für andere Länder geworden, aus Österreich, Frankreich, Polen, der Schweiz, selbst aus Amerika bekommen wir Anfragen, sie möchten erfahren, wie wir es schaffen, auf Augenhöhe, so eng mit Betroffenen zusammenzuarbeiten und wie so ein respektvolles Gedenken funktionieren kann.

Was ich Ihnen am Beispiel dieser Arbeit zeigen möchte ist, dass Betroffene Aktivist\*innen werden, und als Hauptzeugen Wissen haben, das sie effektiv einzusetzen wissen in der Verteidigung nicht nur ihrer Opfer, sondern auch in der antirassistischen und antifaschistisch-demokratischen Verteidigung dieser Gesellschaft.

Migranten\*innen sind in Almanyia, sie müssen in allen Behörden aufgehört

werden um nicht als Objekte angesehen zu werden. Auch wenn wir Opfer oder Angehörige sind, und Repressionen ausgesetzt werden, wissen wir sehr wohl, wie es ist, ohne die Staatsbürgerschaft, ohne gleiche Rechte, ohne Gleichberechtigung, ohne Anerkennung von der Mehrheitsgesellschaft aus zu leben und uns nicht davor beugen.

Wir wissen wie wir uns selbst organisieren müssen und wissen zu kämpfen. Wenn wir also in Zukunft über Rassismus und Faschismus sprechen, dann muss das auf partnerschaftlicher Augenhöhe durch eine radikale Partizipation mit den Betroffenen und Angehörigen passieren.

Vielleicht ist die Zeit gekommen, partizipative antirassistische Projekte zu organisieren, und Betroffene daran zu beteiligen, um die Perspektive von den Täter\*innen systematisch auf die Perspektive der Betroffenen zu lenken.

So könnte sich auch der Blickwinkel der Schüler\*innen und Studierenden systematisch ändern. Somit lernen Sie, dass man Opfer rechter Gewalt nicht als reine Objekte, sondern als handlungsmächtige Subjekte anerkennen muss.

Außerdem lernen sie, dass Migrant\*innen nicht objektiviert werden können, wie es die weiß-deutsche Mehrheitsgesellschaft mitsamt ihren Behörden tut.

Neben der direkten Hilfe und Stabilisierung von Opfern und Angehörigen, neben der sozialen Wiedereingliederung, neben dem Strafprozess gegen die Täter, die Anerkennung und Benennung der rechtsterroristischen Gewalt, gibt es die Dimension der Erinnerung als politische Praxis.

Die Erinnerung zurück zu erkämpfen an das Geschehene, an das Vergessene, an das Verschwiegene, an die Ursachen und die Folgen, an das Davor und das Danach.

Diese Forderungen sind aktueller denn je. Es ist also auch wichtig, Orte des Sprechens über rassistische Gewalterfahrungen, Gedenken und eine kritische Auseinandersetzung damit zu schaffen. Erst wenn Betroffene ihre Geschichten erzählen, ihnen zugehört wird und wir uns darüber austauschen, was Ungerechtigkeit ist und wie die Gerechtigkeit aussehen kann, können wir auch die Spielregeln dieser Gesellschaft und gegenwärtigen Erzählungen verändern.

Es gibt viele Erfahrungen und Geschichten, viele Verletzungen, viele Wün-

sche und Bedürfnisse, viele Perspektiven. Sie gilt es zu hören, aus der Vereinzelung zusammenzubringen, zu vernetzen und so Erinnerungspolitik herauszufordern, als Kollektiv in der Vielfalt. Ich sehe es als meine Pflicht an, mit meiner Arbeit der Gedenkpolitik gerecht zu werden. Ich arbeite eng mit Betroffenen zusammen, um diesen Zustand zu verändern. Die Betroffenen sollten daher nicht erst kämpfen müssen für ein respektvolles Gedenken. Es ist die Pflicht eines Staates, einer Stadt und der Gesellschaft, Verantwortung zu tragen, denn wir gedenken ja nicht nur, um den Familien und Betroffenen einen Gefallen zu tun, sondern weil Rassismus ein gesamtgesellschaftliches Problem ist, welches nicht unter den Teppich gekehrt werden darf und man immer und immer wieder daran erinnern muss.

Selbst hier hat die Stadt Kiel es nicht geschafft, die Familie Arslan und die Familie Yilmaz an diesen Prozess für die Umgestaltung dieses Platzes zu beteiligen, sondern es waren die solidarischen Menschen die dieses Projekt gewonnen haben, deshalb gilt unser einziger Dank an unsere Genossen\*innen Detlef Schlagheck und seine Crew sowie Thies Warnke. Danke, dass ihr uns kontaktiert habt und uns einbezieht. Ihr habt diese Inszenierung und Imagepolitik erkannt und gehandelt, danke für eure Solidarität.

Unsere größte Sehnsucht ist, der Gesellschaft unsere Geschichten zu erzählen, damit wir uns von den Ketten des Schweigens befreien können. Erinnern bedeutet für mich kämpfen und natürlich die junge Generation zu sensibilisieren. Wenn es irgendwann mal keine Schoah-Überlebende mehr gibt und deren Familien sich möglicherweise nach Jahrzehnten nicht für das Gedenken interessieren, müssen wir trotzdem daran erinnern.

Diese wichtige Arbeit, die meine Familie zuvor mit fünf solidarischen Menschen angefangen hat, führen wir nun mit mehreren Tausenden fort. Und wir werden mehr. Jeder von Ihnen wird akzeptieren und respektieren müssen, dass die Gedenkkultur ohne die Betroffenen eine Inszenierung ist.



Ibrahim Arslan ist Überlebender des Möllner Brandanschlags von 1992. Für ein selbstbestimmtes Gedenken initiiert er seit 2013 gemeinsam mit dem Freundeskreis im Gedenken an die rassistischen Brandanschläge von Mölln 1992 unter dem Motto reclaim and remember die „Möllner Rede im Exil“. Ziel ist es, aktuellen Rassismus und Neonazismus aus der Perspektive der Opfer zu thematisieren.

Pressemitteilung des Berliner Flüchtlingsrats vom 12. August 2020

## **Opfer rassistischer Hasskriminalität nach Afghanistan abgeschoben – Täter ein in Neukölln-Komplex verwickelter Polizist?**

Im April 2017 wurde ein damals 26-jähriger Afghane am S-Bahnhof Karlshorst von Fußballfans brutal zusammengeschlagen und rassistisch beschimpft. Einer der Schläger war ein Polizeibeamter außer Dienst.<sup>1</sup> Der Beamte gehörte jahrelang der bis dato erfolglosen Ermittlungsgruppe „Rex“ an, die die rechtsterroristische Anschlagsserie in Neukölln aufklären sollte<sup>2</sup>. Das traumatisierte Opfer des rassistischen Überfalls wurde im März 2020 auf Betreiben der Berliner Ausländerbehörde nach Afghanistan abgeschoben, ohne dass das Strafverfahren gegen die rechten Schläger abgeschlossen ist.

Der Flüchtlingsrat Berlin fordert einen besseren Schutz von Opfern von Hasskriminalität, die sofortige Rückholung des abgeschobenen Mannes sowie eine lückenlose Aufklärung der Verbindungen von Polizei und Staatsanwaltschaft ins rechtsextreme Tätermilieu.

Jamil [Name geändert] kam Ende 2015 als Asylsuchender nach Berlin. Zuvor war er 18 Monate in einem griechischen Asylzentrum inhaftiert. In Berlin machte er Bundesfreiwilligendienst in einem Kinderladen. Im April 2017 wird Jamil auf einem Berliner S-Bahnhof von einer Gruppe von Fußballfans rassistisch beschimpft und zusammengeschlagen. Er erleidet Schulter- und Kopfverletzungen und einen Nasenbeinbruch. Als rassistischer Schläger maßgeblich beteiligt ist ein Polizist außer Dienst. Die Pressestelle der Polizei meldet den Vorfall.<sup>3</sup>

Jamil ist durch den Überfall psychisch traumatisiert. Er verliert das Vertrauen in Polizei und Behörden, fühlt sich verfolgt, ist zeitweise obdachlos, leidet an chronischen Schmerzen. Aufgrund der schlechten psychischen Verfassung konsumiert er zunehmend Marihuana, es kommt zu einer Reihe von Anzeigen wegen Bagatelldelikten.

Ein gerichtlicher Gutachter plädiert auf schuldunfähig. Bevor es zu einer Klärung der Vorwürfe im Gerichtsverfahren kommt, lässt die Ausländerbehörde Jamil im März 2020 im bundesweiten Sammelcharter nach Afghanistan abschieben. Dort hat er keinen Zugang zu Medikamenten und Behandlung.

Berlin schiebt normalerweise nicht nach Afghanistan ab. Obwohl es kein Urteil gegen ihn gibt, führt die Ausländerbehörde zur Begründung an, Jamil sei „Straftäter“. Innensenator Geisel genehmigt deshalb die Ausnahme. Die Ausländerbehörde verschweigt in ihrer Zustimmungsanfrage allerdings das – bis heute – nicht abgeschlossene Verfahren gegen die rassistischen Schläger, bei dem Jamil als Opfer von Hasskriminalität das Recht auf Teilnahme als Nebenkläger hat. Die Abschiebung ist deshalb rechtswidrig, auch weil Jamil als Nebenkläger noch ein Schmerzensgeld hätte einfordern können.

Pressekontakt: Flüchtlingsrat Berlin, buero@fluechtlingsrat-berlin.de

1 <https://taz.de/Fehlende-Strafverfolgung-in-Berlin/!5654948/>

2 [www.morgenpost.de/bezirke/neukoelln/article230157412/Anschlagsserie-von-Neukoelln-Neuer-Vorwurf-gegen-Polizist.html](http://www.morgenpost.de/bezirke/neukoelln/article230157412/Anschlagsserie-von-Neukoelln-Neuer-Vorwurf-gegen-Polizist.html)

3 [www.berlin.de/polizei/polizeimeldungen/pressemitteilung.580895.php](http://www.berlin.de/polizei/polizeimeldungen/pressemitteilung.580895.php)